fertigt da. Das Wort Formaldemokratie ist ungehörig. Die deutsche Demokratie gibt dem Volke Rechte, wie sie kein Volk hat. Wenn das Volk diese Rechte nicht ausnutzt, ist es nur selbst dafür verantwortlich. Die Regierung hat oft an das soziale Pflichtgefühl der Massen appelliert. Die Antwort waren immer neue Streiks. (Sehr wahr!) Ohne Steigerung der Arbeit, ohne Vermehrung der Produktion kommen wir aus dem Elend nicht heraus. Das müssen die Arbeiter endlich einsehen lernen. Regierung und Nationalversammlung haben alle Veranlassung, auch mit großen Teilen des Volkes unzufrieden zu sein. (Beifall und Unruhe.) In den Staatsbetrieben ist die Pflichtvergessenheit der Arbeiter noch viel größer, als beim Privatkapitalisten. Die Eisenbahnen weisen ein Milliardendefizit auf. Wie kann man da sagen, daß Sozialisierung die Arbeitslust erhöhen wird. Die Bolschewiki haben Stücklohn und drakonische Strafen wieder einführen müssen. Wir müssen uns hüten, bei den Arbeitern den Idealismus zu erwecken, der schließlich den jetzigen Sozialismus diskreditieren würde.

Frau Kämmerer, Hamburg: Je schlimmer die Lage ist, um so notwendiger ist die Sozialisierung. Die Weltrevolution darf uns nicht überraschen, wie uns die deutsche Revolution überrascht hat. (Unruhe.) Die ausländischen Genossen müssen an der Einheit der deutschen Revolution zweifeln, wenn die alten Schuldigen, Hindenburg, Dernburg, Erzberger und Jehrendach, noch immer an der Spitze der Geschäfte stehen.

Brennecke, Frankfurt a. M.: Die Nationalversammlung hat nicht nur enttäuscht, sondern die Massen erbittert. Die Arbeiter stehen geschlossen hinter Wissell. Gegenüber den Zumutungen der bürgerlichen Kabinettsmitglieder muß es heißen: Bis hierher und nicht weiter. (Beifall.)

Robert Schmidt: Ein Programm für die Sozialisierung haben wir längst, aber auf die Durchführung kommt es an. Da hat auch Wissell viel Wasser in seinen Wein gegossen. Der Parteitag schreibt leider den Unterschied zwischen seinen schönen Worten und seinen Taten nicht gemerkt zu haben. (Sehr wahr!) Wenn Wissells Gesetz über die Kohlenwirtschaft Sozialismus ist, dann will ich mit Sozialismus nichts zu tun haben. Zur Gemeinwirtschaft im Kalibergbau haben uns erst die bürgerlichen Kabinettsmitglieder zwingen müssen. (Hört, hört!) Wir können der Industrie nicht 5 Milliarden Tagessubventionen geben, die Wissell fordert. Daß wir nicht erst unter dem Einfluß der Berliner Straßenkämpfe sozialisiert haben, hat Wissell in der Nationalversammlung selbst ausgeführt. Wissell ist der einzige Minister, der behauptet, daß wir zu viel Lebensmittel einführen. (Hört, hört!) Wissell will die Syndikat- und Trustbildung fördern und die alte despotische Kapitalistenherrschaft wieder aufrichten. Mit dem Idealismus kommt man nicht aus. Die Arbeiter wollen essen. Wir können ihnen aber nichts geben, weil wir eine furchtbare Erbschaft angetreten haben. Dazu die Unzufriedenheit und das Mißtrauen im Volke. Wir wollen nicht nur die Demokratie, sondern auch den Sozialismus, d. h. die Enteignung der Produktionsmittel, ihre Ueberführung in den Besitz der Allgemeinheit. Das herbeizuführen, ist unsre höchste Aufgabe. (Lebhafter Beifall.)

Reuter, Anrich: Der Appell an das Pflichtgefühl sollte vor allem an die Unternehmer gerichtet werden. Die Arbeiter können nicht schieben, das tun nur die Kapitalisten. Wenn das Pfund Butter 30 M. kostet, muß der Arbeiter streiken. Bei uns in Ostfriesland wird nicht gestreikt. Da gäbe es Arbeit für Robert Schmidt.

In der Nachmittagssitzung wählte der Parteitag den Parteivorstand. Es erhielten Stimmen als Vorsitzender Hermann Müller 373, Otto Wels 291, als Kassierer Friedrich Bartels 374 Otto Braun 361, als Beisitzer Scheidemann 352, Molkenbuhr 372 Pfannkuch 369, Heinrich Schulz 347, Frau Juchacz 371, Adolf Ritter 372, Otto Frank 369, Frau Rhynek 358. Eine große Anzahl von Stimmen ist zersplittert. In die Kontrollkommission sind gewählt: Brühne, Brey, Fischer (Stuttgart), Grünewald (Hamburg), Hengsbach, Löbe, Müller, Pinkau, Genossin Grünberg.

Dann erstattet Sinzheimer sein Referat über die Rätefrage. Das Korreferat von Cohen wird morgen früh folgen. Der Parteitag wird Sonntag mittag seine Tagung schließen. Morgen vormittag tritt in einem andern Saal die Frauenkonferenz zusammen.

Keine Preisgabe des Ostens.

Königsberg, 14. Juni. Der entschlossene Wille der Reichsregierung, die Ostprovinzen gegen den polnischen Einmarsch mit bewaffneter Hand zu schützen, geht aus einer Erklärung des Reichskommissar Winnig hervor, zu deren Wiedergabe er die Presse ermächtigt hat. Es heißt darin: Die Bevölkerung des Ostens soll wissen, daß sie sich auf die Regierung verlassen kann. Die jetzige Regierung wird einen Frieden, der den Osten preisgibt, niemals annehmen und unterzeichnen. Die Regierung ist entschlossen, einen polnischen Einmarsch in die strittigen Gebiete des Ostens mit den Waffen in der Hand abzuwehren. Ganz gleich, ob dieser Einmarsch noch vor dem Abbruch der Friedensverhandlungen erfolgen sollte — was nach einigen Fällen an der Demarkationslinie nicht unmöglich erscheint —, oder ob er erfolgen sollte, nachdem die Verhandlungen durch die Weigerung der Reichsregierung, diesen Frieden zu unterzeichnen, zum Abbruch gekommen sind. In jedem dieser Fälle ist die Regierung bereit, der polnischen Besitzergreifung dieser Gebiete entgegenzutreten. Auch wenn diese Regierung infolge ihrer Ablehnung des Gewaltfriedens durch eine anderswollende Minderheit gestürzt und durch Leute ersetzt würde, die zur Unterzeichnung des Gewaltfriedens bereit wären, werden wir uns im Osten einer solchen Entscheidung nicht beugen. Sollte es uns nicht möglich sein, durch unsren Widerstand das Reich zu retten, so retten wir doch die Provinzen, und verfagt uns das Schicksal selbst diese, so retten wir das letzte und höchste, das ein Volk zu verteidigen hat: Deutsche Ehre.

Die Ausstände.

München, 14. Juni. Wegen Lohnstreitigkeiten ist das technische Hilfspersonal der Münchner Neuesten Nachrichten und der München-Augsburger Abendzeitung in den Ausstand getreten. Beide Zeitungen konnten daher heute früh nicht erscheinen.

Ueber den Streik des technischen Zeitungshilfspersonals in Berlin wird noch gemeldet, daß derselbe unvermindert fortdauert. Die Streikenden fordern Erhöhung des Lohnes sowie eine Wirtschaftsbeihilfe von 1000 M. — Verhandlungen zwischen den Ausständigen und dem Verband der Verleger haben noch kein Ergebnis gezeitigt. Die Verleger sind für eine Ablehnung der Forderungen.

Kattowitz, 13. Juni. Die Pressestelle des Staatskommissariats schreibt: Zur Streikbewegung: Im Plesser Bezirk sind in den Ausstand getreten die Tenutschuldgrube, Heinrichglückgrube und Hohenzollerngrube. Bei allen drei Ausständen spielt die polnische Agitation im Kreise Pleß besonders stark eine große Rolle. Bei dem Ausstande der Hohenzollerngrube wird als Grund Protest gegen Haussuchungen des Grenzschutzes nach Waffen angegeben, bei den beiden andern Gruben Protest gegen die Verhaftung zweier polnischer Pferdediebe durch den Grenzschutz. Ferner ist in einen eintägigen Sympathiestreik getreten die Emilienhütte wegen der Beisetzung der Rosa Luxemburg. Wegen Lohnforderungen streikt schließlich noch die Deutschlandgrube bei Siemianowitz.

Die Transportarbeiter bei Clemenceau.

Paris, 14. Juni. Eine Abordnung der Transportarbeiter wurde am Freitag von den Behörden empfangen. Clemenceau ersuchte die Abordnung, den Streik mit allen Mitteln beizulegen.

Eine britische Streikablehnung.

Amsterdam, 14. Juni. Der Telegraaf meldet aus London: Der Vorschlag der italienischen sozialistischen Partei, daß in den alliierten Ländern als Beweis von Sympathie für die russische und ungarische Sowjetregierung und als Protest gegen die Friedensbedingungen ein 24stündiger Generalstreik ausgerufen werden soll, ist von der britischen Arbeiterpartei abgewiesen worden.

Der politische Streik in China.

Amsterdam, 14. Juni. Dem Telegraaf zufolge meldet der Vertreter der Times aus Schantung vom Montag: Der Streik dauert fort. Läden und Märkte sind geschlossen. Auch die Chauffeure und Dockarbeiter sind ausständig. Die Studenten haben eine Kundgebung veröffentlicht, worin sie die Verwerfung der Forderungen Japans und entsprechende Bürgschaften dafür verlangen, daß Tsingtau und die deutschen Rechte auf Schantung an China zurückfallen. Die Studenten appellieren an die Freundschaft der Alliierten und weisen darauf hin, daß der Militarismus im fernen Osten nicht nur für China eine Gefahr ist. Ueber den chinesischen Teil von Schantung wurde der Belagerungszustand verhängt.

Eine Kateridee.

Nach Meldungen, die dieser Tage durch die bürgerliche Presse gingen, soll Herr Dernburg die Absicht haben, vorzuschlagen, daß eine Reichsarbeitsstunde eingeführt werden soll, um dem Reichsdefizit abzuhelfen. Das heißt, die Arbeitszeit soll um eine Stunde verlängert werden und der Ertrag dieser Stunde soll dem Reiche zugute kommen. Trifft diese Meldung zu, so wäre das freilich höchst merkwürdig. Herr Dernburg müßte sich wirklich sagen, daß sich die Arbeiter eine derartige Reichsarbeitsstunde nicht gefallen lassen. Selbstverständlich sind wir auch der Meinung, daß mehr geleistet werden muß, als das heute der Fall ist, aber das Ziel kann nicht erreicht werden, wenn man die Arbeitszeit verlängert, sondern dadurch, daß die Arbeitsleistung der Arbeiter durch bessere Ernährung und zweckmäßiger Arbeitsmethode erhöht wird. Hat doch die Erfahrung oft genug bewiesen, daß auf die Dauer bei kürzter Arbeitszeit dasselbe geleistet werden kann, wie früher bei einer längeren. Deswegen würde eine Aufhebung des Achtstundentags nicht nur eine schwere Schädigung der Arbeiter bedeuten, sondern es würde dabei für unsre Volkswirtschaft kaum ein Vorteil herauskommen.

Prozeß Ledebour.

Das bemerkenswerteste Moment der Freitagsitzung war die Vernehmung des ehemaligen Vorwärtsredakteurs Leid. Seine Vernehmung war bemerkenswert, weil aus ihr hervorging, wie Eichhorn zu seinem Amte als Berliner Polizeipräsident gekommen ist. Leid sagte darüber: Ich arbeitete mit Eichhorn zusammen. Als ich am 8. November ins Bureau kam, war Eichhorn nicht zur Stelle. Es wurde mir gesagt, es seien Soldaten und Arbeiter dagewesen, die kategorisch verlangt hätten, ein Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie müsse die Leitung des Berliner Polizeipräsidiums übernehmen. Da Eichhorn gerade zur Stelle gewesen sei, hätten sie diesen „mitgenommen". Ich hielt mich einige Zeit im Bureau auf und wurde dann von Eichhorn angerufen, ich möchte ins Polizeipräsidium kommen. Es seien Verhandlungen zu führen wegen Uebernahme des Polizeipräsidiums. Ich begab mich ins Präsidium, traf dort Eichhorn, und wir haben in Anwesenheit der Arbeiter und Soldaten wegen der Uebernahme verhandelt. Es wurde ein Protokoll aufgenommen, dessen entscheidender Punkt besagte, daß die Unabhängige Partei Eichhorn als Polizeipräsidenten einsetze.

Auf die Frage des Staatsanwalts sagt der Zeuge aus, daß es sich um die Uebergabe des Amtes und aller sonstigen damit zusammenhängenden Befugnisse gehandelt habe. Auf die weitere Frage des Staatsanwalts, ob die Teilnahme des Zeugen dahin zu verstehen gewesen sei, ob Leid und Eichhorn das Amt hätten übernehmen sollen, sagte der Zeuge, er habe seine Mitwirkung so aufgefaßt, daß er nur als Vertreter der vollziehenden Unabhängigen Partei hinzugebeten worden sei. Auf die weitere Frage des Staatsanwalts, ob es bloßer Zufall gewesen sei, daß die Leute, die einen Polizeipräsidenten suchten, gerade Eichhorn auserlesen hätten, sagte der Zeuge, das Entscheidende sei wohl gewesen, daß ein Angehöriger der Unabhängigen Partei Polizeipräsident hätte werden sollen. Die weitere Verhandlung beschäftigte sich mit der Frage, wie die starke Strömung zu erklären sei, die sich gegen die Absetzung Eichhorns und für die spätere Ernennung von Eugen Ernst gewandt habe. Die Verteidigung stellte in dieser Beziehung eine dementsprechende Frage an den Zeugen, die das Gericht nicht zuließ.

Die weitere Verhandlung erlitt insofern eine Stockung, als die Zeugen Rolando und Tyschka nicht erschienen waren. Der Staatsanwalt bezeichnete die Nichterscheinen des Zeugen Tyschka als sehr merkwürdig. Der Verteidiger Rosenfeld habe gestern ausgeführt, daß sich Tyschka selbst bei ihm gemeldet habe und daß er darauf brenne, vernommen zu werden. Heute müsse man nun feststellen, daß dieser Zeuge nicht erschienen sei. Die Staatsanwaltschaft stellte weiter fest, daß der Zeuge Bachmann nicht aufzufinden sei. Das nahm wiederum die Verteidigung zum Anlaß, zu erklären, daß Bachmann wegen Hochstapelei und anderer Straftaten von verschiedenen Behörden gesucht werde. In diesem Zusammenhange bezeichnete Rechtsanwalt Rosenfeld den Bachmann als „Vertrauensmann der Regierung". Es sei bemerkenswert, daß die Vertrauensmänner der Regierung in diesem Prozeß eine in jeder Beziehung eigenartige Rolle gespielt hätten. Auch Tyschka sei der Vertrauensmann der Regierung gewesen, sonst würde er von dem damaligen Stadtkommandanten Fischer nicht den Auftrag erhalten haben, Ledebour zu erschießen.

Deutsches Reich.

Freigesprochen!

Stuttgart, 14. Juni. In dem Aufruhrprozeß gegen die Spartakisten Hörnle und acht Genossen, darunter den früheren württembergischen Kriegsminister Schreiner, wurden die Angeklagten freigesprochen.

Braunschweig, 14. Juni. Die Fraktion der Unabhängigen hat beschlossen, das Kompromiß mit den Rechtssozialisten zu lösen. Ein Austritt der unabhängigen Volkskommissare aus ihren Ämtern soll in Erwägung gezogen werden.

Verurteilte Arbeiterratsmitglieder. Das Kriegsgericht Strasburg in Westpreußen verurteilte die Mitglieder des Strasburger Arbeiterrats Jahnke und Kalwe wegen Verrats militärischer Geheimnisse zu je drei Jahren Festungshaft.

Ausland.

Schweiz.

Tumulte in Zürich.

Zürich, 14. Juni. Die Arbeiterunion berief Freitag abend eine Versammlung ein zum Gedächtnis Rosa Luxemburgs. Nach verschiedenen Ansprachen wurde mitgeteilt, daß der Arbeitersekretär Konrad Wyß vor zwei Tagen an der schweizerischen Grenze verhaftet und in das Bezirksgefängnis Zürich gebracht wurde. Hierauf zog die Menge vor das Gefängnis und stürmte es. Die Bedeckungsmannschaften des Gefängnisses eröffneten das Feuer, das von der Menge erwidert wurde. Der Arbeitersekretär Wyß wurde schließlich von dem Gefängnispersonal freigegeben, worauf der Tumult sich legte. Bis 12 Uhr nachts wurden 16 Verwundete in das Kantonspital Zürich eingeliefert, von denen bis heute zwei gestorben sind.

Sächsische Angelegenheiten.

Der sächsische Saatenstand.

Die andauernd kalte Witterung und die häufigen Nachtfröste sowie der Mangel an Niederschlägen im Monat Mai haben die Entwicklung sämtlicher Feldfrüchte, die schon an und für sich durch Mangel an Stickstoff nicht so reiche Düngung im Boden finden und infolgedessen auch weniger entwicklungsfähig sind, um Wochen zurückgehalten. Dazu kommt, daß die geschwächten Saaten dem Ungeziefer viel mehr ausgesetzt sind, als die kräftigen, die sich schneller entwickelt haben.

Der Winterroggen ist stellenweise etwas dünn gebliebe. Der Winterweizen hat, soweit Berichte hierüber vorliegen, die Witterung besser überstanden, als der Winterroggen; vereinzelt macht sich aber bei ihm schon Rostbildung bemerkbar. Die Frühjahrssaaten sind sehr verschieden bestanden; die Frühsaaten scheinen weniger unter der Kälte und Trockenheit zu leiden, als die spät eingebrachten. Bei letzteren kommt noch hinzu, daß der Drahtwurm viel Schaden verursacht hat, weil die Pflänzchen noch zu wenig gekräftigt waren, als er in größeren Mengen auftrat. Vom Hafer soll auch das Saatgut nicht immer einwandfrei gewesen sein.

Die Kartoffeln sind auch noch nicht alle gelegt, weil es an Saatgut fehlt, und die gelegten gehen bei der geringen Bodenwärme bis jetzt nur spärlich auf, daher ist auch die Beurteilung über den Stand noch sehr lückenhaft. Dasselbe gilt von den Rüben, die wegen ihres mangelhaften Aufgangs schon hier und da von neuem bestellt werden mußten.

Klee und Wiesen wachsen bei der kalten und trockenen Witterung nicht von der Stelle, es wird dadurch die Fütterung und das Durchhalten des Viehs immer schwerer. Auf den Wiesen ist das Gras teilweise recht dünn, weil die feinen Gräser durch Frost gelitten haben. Hier sind die Aussichten auf eine gute Heuernte wenig hoffnungsvoll. Ein durchdringender, warmer Regen wäre für die Weiterentwicklung sämtlicher Feldfrüchte und für die drohende Futternot sehr erwünscht.

In einzelnen Teilen des Landes dürften die Regen der beiden letzten Wochen, zusammen mit der größeren Wärme, eine kleine Besserung des Saatenstandes herbeigeführt haben.

Die Bureaukratie und die Unabhängigen.

Die Unabhängige Volkszeitung brachte am Donnerstag unter Pirna folgende Zuschrift eines Beamten:

„Der Gemeinderat einer größeren Gemeinde in Pirnas Umgebung, dessen Mitglieder sich zum größten Teil der Unabhängigen Partei angliedern, hat den dortigen Beamten, Angestellten usw. eine Gehaltsbesserung zugebilligt ohne Anregung seitens der Beamten. Dieser Beschluß ist ein schönes Zeichen von der Erkenntnis, daß die Beamten der alten Regierung der neuen Partei ihre Kräfte leihen müssen, wenn das Werk gelingen soll. Diese Erkenntnis ist den Unabhängigen bewußt, wie anders sieht es bei den andern Parteien aus!"

Das verdient festgehalten zu werden. Da, wo die Unabhängigen herrschen, darf also die alte Bureaukratie am Ruder bleiben; blieb und bleibt sie ja auch da am Ruder, wo die Unabhängigen Minister waren und sind. Da aber, wo Mehrheitssozialisten dasselbe tun, ist es ein Verbrechen, ist's ein Verrat an der Revolution. Hier geben die Unabhängigen also einmal offen zu, daß alle ihre Entrüstung über die Bureaukratie nichts ist als elende Heuchelei.

Das Verbot über die Leipziger Volkszeitung ist mit dem heutigen Tage aufgehoben. Das Blatt wird am Montag wieder erscheinen und zwar ohne Vorzensur.

„Hochwürdige und hochverehrte Herren!"

Mit dieser Formel — so schreibt die Sächs. Demokr. Korresp. — hat der Präsident des Landeskonsistoriums die sächsische Landessynode eröffnet. Als ein Motto steht dieser altmodische Gruß über den ganzen Verhandlungen. In erschreckender Weise offenbart sich darin der klaffende Widerspruch zwischen alter und neuer Zeit. Diese Anrede ist so unmodern, daß man sich fragt, in welcher Zeit lebte eigentlich die Synode? Wir sind nicht der Meinung, daß die Kirche ängstlich allem nachlaufen müßte, was sich „modern" nennt. Wir scheiden scharf zwischen Zeitmarken und bleibenden Werten. Aber diese Begrüßungsformel mit ihrer vorsintflutigen Einteilung der Menschen in hochwürdige und hochverehrte setzt immer noch den durch die Revolution hoffentlich überwundenen Klassenstaat mit seiner kindlichen Hofrangordnung voraus und überträgt diese Unkultur auf die Kirche, die angeblich eine Volkskirche werden will. Damit wird auch die Synode um das Vertrauen im Volke gebracht. Es ist nicht bloß die Anrede, es ist der Geist, der dahinter steht, und das ist das Traurige bei dieser Aeußerlichkeit.

Verhandlungen im sächsischen Kohlenbergbau.

Die Belegschaften der Zwickauer und Lugau-Oelsnitzer Steinkohlengruben haben bekanntlich durch ihre zuständigen Verbandsleitungen neue Lohnforderungen erheben lassen, über die, wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, in den nächsten Tagen unter Leitung der Regierung zwischen Beauftragten der Werke und der Bergarbeiter verhandelt werden soll.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Die Mitglieder der zwölf Personen umfassenden Räuberbande, die längere Zeit die nähere und weitere Umgebung Leipzigs in Schrecken gesetzt hat, wurden vom Standgericht Leipzig zu Gefängnis von 4 Wochen bis zu 2½ Jahren und zu Zuchthaus von 5, 7, 12, 13, 14 und 15 Jahren verurteilt. — Auf Befehl des sächsischen Ministeriums für Militärwesen hat der Generalmajor Freischer, Kommandeur der 2. sächsischen Grenzjäger-(Reichswehr-)Brigade Nr. 19, den Oberbefehl in Leipzig mit den Rechten und Befugnissen des Generalmajors Mörder übernommen. — Der Besuch der Leipziger Garnbörse am Freitag war sehr rege. Die Besucherzahl war um die Hälfte größer als das letztemal. Die Nachfrage nach verwendungsfreien Damen war allgemein. Sie konnte nicht befriedigt werden. Die nächste Garnbörse ist am 13. September 1919.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19190615/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG